

Einführung zum Haushalt von Bürgermeister Leveringhaus

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit ich Kommunalpolitik betreibe habe ich noch keinen in der Aufstellung so schwierigen Haushalt erlebt. Selbstverständlich waren wir in den vergangenen Jahren und auch in den vergangenen Jahrzehnten immer darum bemüht, wirtschaftlich, effizient und kostensparend zu arbeiten. Wir haben immer genau überlegt, welche Investitionen wir tätigen. In diesem Jahr aber zeigte der erste Entwurf, der ja auf vielen Planungen aus den vergangenen Jahren beruhte, dass der Markt Obergünzburg die Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit erreicht hätte. Und dies nicht nur für das laufende Jahr, sondern eben auch für die zukünftigen Planjahre. Mein Dank gilt allen Beteiligten dafür, dass es uns mit dem heutigen Tag gelungen ist, durch kleinere und größere Einschnitte einen Haushalt vorzustellen, der einen Überschuss im Verwaltungshaushalt ausweist und Investitionen zulässt. Mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung war es Aufgabe, Haushaltspositionen nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit zu verbessern, sondern eben auch unter dem weitergehenden Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung. Selbst der Personalkostenblock wurde genau hinterfragt. Allerdings war der Auftrag, keine Eingriffe in bestehende Arbeitsverhältnisse vorzunehmen.

Im Ergebnis ist es gelungen, nicht nur die Tariflohnerhöhungen im Verwaltungshaushalt aufzufangen, sondern darüber hinaus die Ausgabenseite um mehrerer 10.000 EUR zu reduzieren. Dieser schwierige Prozess wurde von den Mitgliedern des Finanzausschusses in zwei mehrstündigen Sitzungen konstruktiv, wohlwollend und empathisch begleitet.

Mit dem heutigen Haushalt sehen wir, dass wir aus dem Verwaltungshaushalt einen Überschuss erzielen, der die kalkulatorische Tilgung unserer Darlehen übersteigt. Wir können im Vermögenshaushalt bereits verpflichtende Investitionen finanziell darstellen. Die Sanierung der Jahnturnhalle muss zu Ende geführt werden, die Beschaffungen im Feuerwehrewesen sind rechtlich bindend und ersetzen Gerätschaften, die teilweise nicht mehr vorhanden oder nicht mehr zu gebrauchen sind.

Wichtig war, dass wir allerdings nicht nachlassen, um unsere gesellschaftspolitischen Aufgaben und Handlungsfelder voranzubringen. Auch in der Unterstützung des vielfältigen ehrenamtlichen Engagements in der Gemeinde lassen wir nicht nach. Wir wissen um die Wichtigkeit unserer Vereine, wenn es um den Zusammenhalt unserer Gemeinschaft geht.

Letztlich bedeutet Haushaltskonsolidierung allerdings auch, nicht nur Ausgaben zu verschieben, sondern eben auch Ausgaben nicht mehr einzuplanen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir in den nächsten zwei Jahren lernen müssen, zu vielen Dingen auch „Nein“ zu sagen.

Haushaltskonsolidierung bedeutet aber nicht nur die Ausgaben anzuschauen, sondern eben auch die Einnahmesituation in den Fokus zu nehmen. So empfiehlt der Finanzausschuss dem Marktgemeinderat für die heute Sitzung, die Grundsteuer für bebaute und unbebaute Grundstück, also die Grundsteuer B, von einem Hebesatz von 350 von Hundert auf 380 von Hundert zu erhöhen. Dies bedeutet für den einzelnen Grundstückseigentümer eine Erhöhung der zu bezahlenden Grundsteuer um etwas unter 10%. Die Mitglieder des Finanzausschusses haben dies als zumutbar und angemessen erachtet. Auch ich bin der festen Überzeugung, dass wir gute Argumente dafür haben, dass wir die steuerliche Einnahmesituation des Marktes Obergünzburg um ca. 50.000 bis 60.000 EUR durch die Erhöhung der Grundsteuer B verbessern. Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viel in die Infrastruktur in Obergünzburg investiert, z.B. im Bereich der Bildung und der städtebaulichen Verbesserungen. Wir leben und wohnen hier und wissen, dass wir hierfür in

unserer Gemeinde ausgezeichnete Rahmenbedingungen haben. Wir erleben, dass die Nachfrage nach Wohnraum sowohl aus unserer Mitte, also von unseren Bürgerinnen und Bürgern, als auch von außen sehr groß ist. Der Hebesatz der Grundsteuer B und alle übrigen Hebesätze sind seit Jahrzehnten (genauer seit 1982) unverändert geblieben. Die Grundstückswerte gerade im unbebauten und bebauten Bereich sind in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Der Haushalt des Marktes Obergünzburg benötigt mehr Liquidität, und schafft dies auf eine Art und Weise, die zumutbar ist.

Wenn wir von heute aus in die Zukunft schauen, fällt es uns schwer zu überschauen in welchem Maße die Kommunen in Bayern in den nächsten Jahren im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs am allgemeinen Steueraufkommen teilhaben werden. Unsere Gewerbesteuer bleibt auch im Jahre 2021 stabil. Die genannte Einkommensteuerbeteiligung ist uns offiziell so mitgeteilt worden. Ich habe es aber erstmalig im vergangenen Jahr erlebt, dass diese mitgeteilte Einkommensteuerbeteiligung um über 250.000 EUR geringer ausgefallen ist. Wir müssen im Hinterkopf behalten, dass dies auch im Jahr 2021 geschehen kann. Unsere Aufgabe wird es sein, nicht nur in diesem Jahr, sondern auch mindestens im nächsten Jahr, evtl. sogar noch im übernächsten Jahr den Konsolidierungsgedanken mit zu tragen, mitzudenken. Eine schwierige Aufgabe, weil sie eben auch bedeutet zu einzelnen Maßnahmen auch tatsächlich „Nein“ zu sagen. Dieser gemeinsamen Aufgabe sind wir auch in Zukunft verpflichtet.

Zum Schluss gilt mein Dank ausdrücklich den Mitgliedern des Finanzausschusses für die offene und konstruktive Diskussion. Diese Zusammenarbeit zeigt mir, dass wir kein kommunales Gremium sind, dass Probleme schafft, sondern die Probleme der Marktgemeinde für alle Bürgerinnen und Bürger löst, die hier leben und wohnen. Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, stellvertretend hier heute Herrn Christoph Brenner als Kämmerer, Herrn Matthias Rieser als Geschäftsstellenleiter und Herrn Gunther Herz als Leiter des Bauamtes. Danke dafür, dass wir heute an diesen Punkt gekommen sind und einen guten Haushalt 2021 für unsere Marktgemeinde vorlegen können.

Lars Leveringhaus
Erster Bürgermeister

Stellungnahme Haushalt 2021 der CSU-Fraktion

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Finanzausschuss haben wir gemeinsam mit Kämmerer Christoph Brenner und Geschäftsstellenleiter Matthias Rieser einen Haushalt erarbeitet, der widerspiegelt, wie wir die Herausforderungen in unserer Gemeinde in der Zukunft sehen und einen Fahrplan darstellt, wie wir im Rahmen der uns gegebenen Leistungsfähigkeit diese auch meistern wollen.

Die Beratungen in unseren mehrstündigen Sitzungen wurden getragen von dem gemeinsamen Willen, den Haushalt einerseits zu konsolidieren, andererseits aber auch unseren Verpflichtungen insbesondere im investiven Bereich nachzukommen.

So ist es uns gelungen, im Verwaltungshaushalt die überwiegend auf Tarifierhöhungen beruhenden Personalkostensteigerungen von 3,218 Mio. EUR auf 3,294 Mio. EUR zu kompensieren und darüber hinaus noch mehrere 10.000 EUR bei den wiederkehrenden Ausgaben einzusparen. Einsparungen sind dringend notwendig, wenn man bedenkt, dass bereits im letzten Jahr die ursprünglich angekündigte Einkommenssteuerbeteiligung um 250.000 EUR geringer ausgefallen ist und wir durchaus im Hinterkopf behalten müssen, dass die für dieses Jahr angekündigte Einkommenssteuerbeteiligung in Höhe von 3,848 Mio. EUR ebenfalls niedriger ausfallen kann.

Konsolidieren heißt aber, dass auch die Einnahmensituation in unserem Fokus stand und hier haben wir gemeinsam über alle Fraktionen hinweg im Finanzausschuss die Empfehlung an den Marktgemeinderat erarbeitet, die Grundsteuer für bebaute und unbebaute Grundstücke, also die Grundsteuer B, von einem Hebesatz von 350 von Hundert auf 380 von Hundert anzuheben. Die von uns erbetenen Vergleichsberechnungen haben ergeben, dass eine solche Erhöhung für die einzelnen betroffenen Grundstücke, seien sie privat oder gewerblich genutzt, moderat und zumutbar bleibt. Absolut beträgt sie unter 10 Prozent.

Bei der Bewertung dieser Erhöhung ist aus unserer Sicht nicht nur zu berücksichtigen, dass dieser Hebesatz seit mehreren Jahrzehnten unverändert geblieben ist, sondern auch die Tatsache, dass die Marktgemeinde in den vergangenen Jahren erheblich in die Infrastruktur zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in unserer Gemeinde investiert hat. Hierbei möchte ich insbesondere stichwortartig nennen:

- die städtebaulichen Verbesserungsmaßnahmen
- die Generalsanierung unserer Grund- und Mittelschule mit Erhalt des Hallenbades
- der Ausbau, die Erweiterung und Verbesserung unseres Kindergartenangebotes
- Sanierung der für Schule und Vereine zur Verfügung stehenden Jahnturnhalle
- der Ausbau der Breitbandversorgung, der eigentlich keine kommunale Aufgabe ist
- die weiterhin großzügige und am Gemeinwohl orientierte Unterstützung aller Vereine in unserer Marktgemeinde

All diese Dinge haben dazu geführt, dass die Nachfrage nach Wohnraum in unserer Marktgemeinde sowohl aus unserer Mitte als auch von außerhalb sehr hoch ist. Davon profitieren alle Eigentümer der der Grundsteuer B unterliegenden Grundstücke.

Die Beurteilung der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit des Marktes Obergünzburg steht im Fokus aller unserer Überlegungen. Deshalb war es uns sehr wichtig, dass wir aus dem Überschuss des Verwaltungshaushaltes, also inklusive der Zinsbelastungen, die Tilgungen für unsere investiven Darlehen aufbringen können. Die Aufgabe wird sein, dies gemäß der heutigen Prognose nicht nur für dieses Jahr, sondern eben auch für die Folgejahre sicherzustellen. Wir haben uns verpflichtet, jede noch nicht durch einen entsprechenden Bau- oder Investitionsbeschluss verpflichtende Maßnahme im Vermögenshaushalt auf den Prüfstand zu stellen, um die Notwendigkeit von weiteren Darlehensaufnahmen auf das für uns mindestnotwendige Maß zu reduzieren. Wie im letzten Jahr werden wir auch in diesem Jahr nicht umhinkönnen, für die bereits verpflichtenden Ausgaben im Vermögenshaushalt eine Netto-Neuverschuldung von ca. 1,5 Mio. EUR hinzunehmen. Besonders schmerzlich ist hierbei die Erkenntnis, dass der Umbau oder auch der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Willofs verschoben werden muss. Betroffen hiervon sind aber auch viele andere noch im vergangenen Jahr für das Jahr 2021 vorgesehene Maßnahmen, sei es die Ertüchtigung von Spielplätzen wie z.B. der in der Rotleitenstraße, der wiederum verschoben wurde.

Über allem war es uns aber auch wichtig, dass es uns gelingt, die bei uns vorbildlich besetzten sozialen und gesellschaftspolitischen Handlungsfeldern voranzubringen. Hier sei beispielhaft genannt unser Engagement in der offenen Jugendarbeit, der offenen Familienarbeit (Familienstützpunkt), der offenen Seniorenarbeit und bei der Koordinierung von niedrigschwelligem Entlastungs- und Betreuungsangeboten sowie von Nachbarschaftshilfe.

In vielen Entscheidungsprozessen haben wir Abwägungen vornehmen müssen. Manche Themen sind auch noch nicht endgültig abgearbeitet, wie z.B. die Unterstützung der Verkehrsfähigkeit unserer Kinder und Jugendlichen durch Errichtung einer entsprechenden Freizeitanlage wie eines Pumptracks. Am Ende waren unsere Diskussionen im Finanzausschuss aber getragen von einem gemeinsamen Ziel, nämlich den Markt Obergünzburg voranzubringen und auch in diesen nicht ganz einfachen Zeiten nicht stillzustehen. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle für die sehr gute Zusammenarbeit im Ausschuss mit allen Kolleginnen und Kollegen mit den Mitarbeitern der Verwaltung ganz persönlich, aber auch insbesondere im Namen der CSU-Fraktion ganz herzlich bedanken.

Herr Brenner, vielen Dank für die Vorbereitung des Haushaltes, den ausführlichen Vorbericht und insbesondere auch für die klare Darstellung der Finanzplanungsjahre.

Lieber Herr Rieser, vielen Dank auch an Sie, dass Sie die vielen Fragen insbesondere im Hinblick auf unsere Personalsituation, Personalkostenstruktur usw. so kompetent und fachgerecht beantwortet haben.

Lieber Lars Leveringhaus, auch Dir vielen Dank für Deine unerschöpfliche Energie, Beiträge und Ideen für diesen heute vorgestellten Haushalt, der ausgewogen und nachhaltig ist.

Die Fraktion der CSU bittet die Mitglieder des Marktgemeinderates den Empfehlungen des Finanzausschusses zu folgen und dem vorliegenden Haushalt zuzustimmen.

gez.

Antonio Multari

Marktratssitzung am 02.03.2021

Haushaltsrede der Fraktion der Freien Wähler durch Nina Bräckle.

Zunächst darf ich mich im Namen der Fraktion der Freien Wähler recht herzlich bei Kämmerer Christoph Brenner für die Aufstellung des Haushalts bedanken. Außerdem bedanke ich mich bei Bürgermeister Leveringhaus, Matthias Rieser und allen Kollegen im Finanzausschuss für die sachliche und zielführende Diskussion.

Die Aufstellung des diesjährigen Haushalts war nicht einfach. Im ersten Entwurf konnte keine Zuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt dargestellt werden, außerdem stand eine extrem hohe Neuverschuldung für das Jahr 2021 und die Folgejahre zur Diskussion.

Im Finanzausschuss musste erstmalig eine umfassende Konsolidierungsliste abgearbeitet werden, um die notwendige Zuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt zu erreichen.

Erfreulich ist, dass sich der Verwaltungshaushalt, nach der Konsolidierung, mit 11,28 Mio. € in etwa auf dem Vorjahresniveau von 11,15 Mio. € befindet. Der Umfang des Vermögenshaushalts verringert sich von 6,26 Mio. € in 2020 auf 5,33 Mio. € 2021.

Durch die geplante Darlehensaufnahme von rund 1,8 Mio. € wird sich der Schuldenstand bis zum Ende des Jahres 2021 auf stattliche 7,5 Mio. € erhöhen, das entspricht einer Erhöhung von 3,1 Mio. € oder rund 70 % im Vergleich zum Jahresende 2019. Diese Steigerungen können wir auf Dauer nicht verkraften.

Im Vermögenshaushalt sind für dieses Jahr hauptsächlich Investitionen eingeplant, die bereits verbindlich bestellt, fest zugesagt oder bereits begonnen wurden. Für die Sanierung der Jahnturnhalle ist für 2021 ein Budget von 1,4 Mio. € eingeplant. Die Gesamtkosten der Maßnahme sind mit 2 Mio. € veranschlagt, welche komplett finanziert werden.

Viele geplante Investitionen wurden in die Finanzplanungsjahre 2022 bis 2024 geschoben. Jede einzelne muss in Zukunft genau hinterfragt werden, um zum einen die Neuverschuldung zu bremsen, zum anderen aber keinen Investitionsstau zu generieren, der die nachfolgenden Generationen ebenso belasten würde wie ein hoher Schuldenstand.

Die geplante Erhöhung der Grundsteuer B von 350 auf 380 von Hundert generiert zusätzliche Einnahmen in Höhe von 70.000 €. Dies erschien dem Finanzausschuss die einzige Möglichkeit zusätzliche Einnahmen zu generieren ohne den einzelnen Bürger über Gebühr zu belasten.

Auf der Ausgabenseite ist die Kreisumlage mit 3,12 Mio. € der größte Posten. Der Hebesatz der Kreisumlage blieb unverändert bei 43,8 von Hundert.

Gestiegen ist die Umlage für die Verwaltungsgemeinschaft im Zeitraum von 2019 – 2021 um 180.000 €. Ebenso gestiegen ist die Schulverbandsumlage bedingt durch die Generalsanierung. Gestiegen sind auch die Personalkosten.

Einnahmenseitig hat sich die Schlüsselzuweisung um 194.000 € reduziert, die Einkommensteuerbeteiligung ist ebenfalls zurückgegangen.

Meines Erachtens ist die schwierige Aufstellung des Haushaltes dieses Jahr ein kleiner Vorgeschmack auf die Folgejahre. Durch die Coronapandemie ist die Einnahmenseite unkalkulierbar.

Trotz aller Kürzungen im Haushalt wurde die Unterstützung der Vereine weiterhin als wichtig erachtet und nicht gekürzt.

Die Fraktion der Freien Wähler empfiehlt dem Marktrat die Annahme des vorgelegten Haushalts, plädiert aber für eine konsequente Ausgabendisziplin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bei dieser Haushaltsrede hatte ich die Idee diesen Tagesordnungspunkt mit dem Punkt 3 Nutzung der Kiesgrube zu verbinden. Die felsige Steilwand der Grube ist ein ideales Bruthabitat für große Greifvögel. Das bayerische Umweltministerium treibt derzeit die Auswilderung und Wiederansiedlung von Bartgeiern voran. Diese Steilwand in der Kiesgrube ist eine ideale Stelle zum Brüten für die Geier. Dann könnte jeden Tag der Geier über Obergünzburg kreisen.

Ein recht schönes Bild zur genaueren Betrachtung der finanziellen Spielräume des Marktes. Das ist mit der Zeit meine 13. Haushaltsrede und noch nie saß der Kittel so eng und ich musste die Notwendigkeit einer Steuererhöhung erklären.

Das erste Mal ist für mich, dass ich zwei Haushaltsreden in einer Woche halten muss. Ich habe am vergangenen Freitag im Kreistag erklärt, warum es vernünftig ist den Hebesatz der Kreisumlage nicht zu erhöhen. Eben weil Gemeinden wie Obergünzburg schon jetzt an den Rand kommen wie sie den finanziellen Rahmen für das Jahr 2021 darstellen sollen. Vom Finanzplanungszeitraum ganz zu schweigen. Von dem her werden den Kreisräten unter uns Teile der Rede bekannt vorkommen, für die meisten anderen sind die Erklärungen sicherlich auch hilfreich.

Die vorgelegte Finanzplanung verabschieden wir heute mit, aber das ist eine Absichtserklärung über den sehr dicken Daumen. Denn in diesem Zeitraum gibt es leider mehrere nicht abwägbare Risiken.

Die drei kommunalen Ebenen: die Gemeinden, der Landkreis und der Bezirk schöpfen alle aus den gleichen fünf Steuerquellen, dazu kommen dann noch die Schlüsselzuweisungen. Der Landkreis und der Bezirk heben ihren Finanzbedarf über Umlagen von den jeweils darunter liegenden Ebenen ein.

Beim Bezirk Schwaben wird immer wieder angekündigt, dass die finanziellen Reserven erschöpft sind und die Last der Aufgaben steigt. Deshalb wurde in diesem Jahr die Bezirksumlage schon moderat erhöht, für die nächsten Jahre ist ein weiter steigender Hebesatz angekündigt worden. Das hat Auswirkungen auf die Finanzierung des Landkreises.

In diesem Jahr war es vom Landkreis Ostallgäu aus vernünftig die 0,5 % ige Erhöhung der Bezirksumlage nicht an die Gemeinden durchzureichen. Die knapp 2 Mio €, die der Bezirk mehr bekommt, kommen beim Landkreis durch die Verbesserung der Umlagekraft der Kreisumlage rein. Wir sehen es ja selbst, bei Beibehaltung des Hebesatzes führen wir 180.000 € mehr an den Landkreis ab.

Ich muss politisch die Alternativen benennen. Wenn wir nicht in jedem Jahr wieder die Diskussion über eine Erhöhung der Kreisumlage führen müssen, die von einer erhöhten Bezirksumlage ausgeht. Dann muss der Freistaat Bayern direkt in die Finanzierung der Bezirke einsteigen. Das entlastet die beiden darunter liegenden kommunalen Ebenen.

Das weitere Risiko auf Kreisebene ist die erhebliche Mehrbelastung des KU Kreiskliniken durch die direkten und indirekten Ausgaben verursacht durch die Coronapandemie. Auch hier haben die Bundes- und die Landesregierung die Möglichkeit und die Pflicht diese auszugleichen und damit den Kommunen den Druck zu nehmen, diese Verluste aus den kommunalen Kassen finanzieren zu müssen. Aber wir haben keine Zusage, dass es so kommt.

Wie gesagt, das sind die Hauptrisiken, die derzeit noch nicht in die Zahlen eingearbeitet sind.

Kommen wir zu den fünf Steuerquellen aus denen sich der Haushalt speist. Die Umsatzsteuer- und die Einkommenssteuerbeteiligung zeige eine leichte Eintrübung. Dafür dass wochenlang die

Wirtschaft down war, ist das noch nicht massiv. Stört aber unsere bisherigen Voraussagen. Diese Steuerbeteiligungen können wir als Gemeinde nicht beeinflussen.

Bleiben also die drei anderen Steuerquellen, die wir durch Hebesätze beeinflussen können. Die Gewerbesteuer hat sich in unserem bescheidenen Rahmen in den letzten Jahren sehr gut entwickelt. Wir planen sogar eine leichte Steigerung in den Haushalt ein. Diese Entwicklung wollen wir nicht durch eine Hebesatzerhöhung gefährden, da bei der Unternehmensstruktur im Ort leicht Gewinnverlagerungen in andere Gemeinden vorgenommen werden können. Ich möchte jetzt aber keine Grundsatzdiskussion über die richtige Erhebung der Gewerbesteuer starten.

Bleiben die beiden Grundsteuern. Diese können wir direkt beeinflussen. Eine Anhebung der agrarischen Grundsteuer A ist in der derzeitigen Lage der Landwirtschaft nicht angebracht.

Die Grundsteuer B ist eine sehr gerechte Steuer. Sie trifft jeden Einwohner/jede Einwohnerin gleichermaßen. Jeder der in Obergünzburg wohnt, muss diese zahlen. Ihr kann sich niemand entziehen, dazu müsst er oder sie wegziehen.

Bei dieser Erhöhung kommt In der Summe eine vernünftige Summe heraus und jeden Einzelnen trifft es im niedrigen zweistelligen Bereich. Das ist eine angemessene Anpassung, die die sehr angespannte Situation der Gemeinde dokumentiert.

Die Notwendigkeit des Haushaltsausgleiches macht diese Erhöhung des Hebesatzes notwendig. Es kann sich auch keiner der hier anwesenden Rät*innen und Bürgermeister*innen daran erinnern, wann letztmalig der Hebesatz erhöht wurde. Diese Erhöhung ist letztendlich ein schon lange fälliger Inflationsausgleich. So möchte ich diese Notwendigkeit erklären.

Die Alternative wäre gewesen, dass wir die Daumenschrauben der Haushaltspolitik herzeigen, wie Haushaltssperren, Wiederbesetzungssperren, kein Deckungsausgleich mehr, bis hin zu Stellenstreichungen und Gebührenerhöhungen. Das wollten wir nicht.

Noch ein Wort zu den Ausgaben im Vermögenshaushalt. Hier haben wir mit der Zeit in 2021 nur noch das drin, was wir bisher schon bestellt hatten und was schlicht und ergreifend bezahlt werden muss. Weniger ausgeben geht an dieser Stelle nicht. Die in die Finanzplanungsjahre verschobenen Maßnahmen müssen wir zu gegebener Zeit neu bewerten.

Wir als Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen sind den Haushalt durchgegangen und haben ihn besprochen. Wir tragen die ergriffenen Maßnahmen im vollem Umfang mit und stimmen den vorgelegten Haushalt und dem Stellenplan zu.

An dieser Stelle darf ich mich beim Kämmerer Christoph Brenner und der gesamten Verwaltung bedanken. Für die Vorbereitung des Haushaltes und für dessen korrekten Vollzug.

Bedanken darf ich mich auch beim Bürgermeister Lars Leveringhaus für die Leitung der offen geführten Diskussionen hier im Rat und natürlich bei Euch allen Kolleginnen und Kollegen für eben diese offene Diskussion. Damit klar ist, dass um den Weg in die Zukunft des Marktes Obergünzburg gerungen und diskutiert wird, und dass Demokratie kein Selbstläufer ist, sondern dass die dafür gewählten Organe diese Demokratie leben müssen.

Es mag jetzt einigen merkwürdig vorkommen, dass in einer Haushaltsrede so viel Text und so wenig Zahlen vorkommen. Für die wichtigsten Zahlen dieses Haushaltes brauchen wir nur die Finger einer Hand: fünf Steuern für die Kommunen, drei kommunale Ebenen, zwei Möglichkeiten und ein Geier.